Verordnung über den unmittelbaren Busseneinzug

vom 11. Juli 1989

Der Regierungsrat des Kantons Schaffhausen,

gestützt auf Art. 31 des Gesetzes über die Einführung des Schweizerischen Strafgesetzbuches (StGB) vom 22. September 1941¹⁾,

verordnet:

§ 1³⁾

Zur Erledigung durch sofortigen Busseneinzug sind ermächtigt:

- a) die vom Gemeinderat beauftragten kommunalen Polizeiorgane bei Übertretung von Vorschriften für die nachstehend aufgeführten Sachverhalte, sofern eine vom Gemeinderat im voraus festgesetzte Busse in maximal der aufgeführten Höhe als angemessen erscheint:

	<i>Franken</i>
1. Missachtung der Polizeistunde durch Gäste	20.--
2. Störung und Behinderung der polizeilichen Tätigkeit	50.--
3. Belästigung von Personen	50.--
4. Anstiftung zu und Austragung von Schlägereien	60.--
5. Unfug an öffentlichen Sachen oder privatem Eigentum	60.--
6. Abbrennen von Feuerwerk an nicht erlaubten Tagen bzw. ohne Bewilligung	50.--
7. Verunreinigung von öffentlichen und öffentlich zugänglichen privaten Wegen, Anlagen und Plätzen sowie Wiesen und landwirtschaftlichen Kulturen durch Hunde	50.--
8. Wilder Plakataushang	50.--
9. Vorschriftswidriges Entsorgen von Abfällen	80.--
10. Ruhestörung in den Ruhezeiten von 12.00 – 13.00 Uhr und 22.00 – 06.00 Uhr	100.--

11.	Lärmige Bauarbeiten während der Sperrzeiten, mit Ausnahme unaufschiebbarer oder bewilligter Arbeiten	100.--
12.	Verwendung von Lautsprechern, Megaphonen usw. auf öffentlichem und privatem Grund ausserhalb von geschlossenen Räumen ohne Bewilligung	50.--
13.	Unzulässiges oder unsachgemässes Verbrennen von Abfällen oder Abraum	100.--
14.	Nicht Zurückschneiden von Sträuchern trotz Aufforderung, wenn dadurch Signale verdeckt oder Geh- und Fahrwege beeinträchtigt werden	50.--
- b) die Polizei- und Grenzkontrollorgane an der Grenze gegenüber Ausländern, die umgehend zurückgewiesen werden können, wegen eines leichten Falles des rechtswidrigen Grenzübertritts, sofern bei einer Einreise ausserhalb amtlich zugelassener Grenzübergangsstellen oder ohne gültige Grenzübertrittspapiere eine Busse von 100 Franken als angemessen erscheint.
- c) die Polizeiorgane und der Fischereiaufseher gegenüber Personen wegen geringfügiger Übertretungen von Fischereivorschriften, falls eine Busse von 50 Franken als angemessen erscheint.
- d) ⁴⁾ die Polizeiorgane sowie die Kontrollorgane des interkantonalen Labors, der Gewerbepolizei, des Arbeitssinspektorats und des Gesundheitsamtes gegenüber Personen wegen geringfügiger Übertretungen der Bestimmungen zum Passivraucherschutz, falls eine Busse von 80 Franken als angemessen erscheint. Vorbehalten bleibt die Bestrafung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern wegen Verstössen gegen den Gesundheitsschutz nach Art. 59 - 62 des Arbeitsgesetzes ⁵⁾.

Die Ordnungsbussen fallen dem Gemeinwesen zu, dessen Polizeiorgane sie erhoben haben.

§ 2

Vor Einzug der Busse ist der Fehlbare darauf hinzuweisen, dass dieses Verfahren nur zur Anwendung gelangt, wenn er die Busse anerkennt und keine Einwendungen gegen den sofortigen Einzug erhebt, und dass gegen die Bestrafung Einsprache und Rechtsmittel ausgeschlossen sind.

§ 3

¹ Die ermächtigten Organe haben die Bezahlung der von ihnen unmittelbar eingezogenen Bussen zu quittieren.

² Auf der Quittung sind die Art der Widerhandlung, Ort und Zeit der Begehung sowie nötigenfalls die Personalien des Fehlbaren anzugeben.

§ 4

Kosten dürfen in diesem Verfahren nicht erhoben werden, und es erfolgt weder eine Rapportierung noch eine Registrierung des Fehlbaren.

§ 5

Die ermächtigten Organe haben über die unmittelbar eingezogenen Bussen gemäss Weisung ihrer vorgesetzten Behörde unter Vorlage der Quittungsdoppel Rechenschaft abzulegen.

§ 6

¹ Diese Verordnung tritt am 1. August 1989 in Kraft. Sie ist im Amtsblatt zu veröffentlichen²⁾ und in die kantonale Gesetzesammlung aufzunehmen.

² Sie ersetzt die gleichnamige Verordnung vom 23. August 1988.

Fussnoten:

- 1) SHR 311.100.
- 2) Amtsblatt 1989, S. 663.
- 3) Fassung gemäss RRB vom 19. Dezember 2000, in Kraft getreten am 1. Januar 2001 (Amtsblatt 2001, S. 13).
- 4) Eingefügt durch RRB vom 9. März 2010, in Kraft getreten am 1. Mai 2010 (Amtsblatt 2010, S. 371).
- 5) SR 822.11.